

Sozialdemokratie und nationale Verteidigung!

I. Was wir immer betont haben!

In den großen Auseinandersetzungen, die augenblicklich den Parteikörper der deutschen Sozialdemokratie erschüttern, hört man von den Wortführern der Minderheit immer wieder den Gedanken aussprechen, daß die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten und daß die aus dieser Zustimmung folgerichtig herausgewachsene sogenannte Politik des 4. August einen schroffen Bruch unserer Partei mit ihrer ganzen Vergangenheit bedeute, daß diese Politik in einem unüberbrückbaren Gegensatz stehe zu den Beschlüssen aller unserer Parteitage und internationalen Kongresse, kurz, daß eine tiefe Kluft gähne zwischen der Sozialdemokratie wie die Welt sie vor dem 4. August 1914 kannte und der Sozialdemokratie von heute.

Was ist an dieser Behauptung richtig und was ist an ihr falsch? Es wäre unehrlich und es wäre unsinnig, wollten wir leugnen, daß die Erfahrungen des Weltkrieges in mehr als einem Punkte gewisse Anschauungen und Erwartungen Lügen gestraft haben, in die sich die große Mehrzahl unserer Parteigenossen hineingelegt hatte. Hatten wir auf der einen Seite die Widerstandskraft erheblich überschätzt, die das organisierte internationale Proletariat dem Ausbruch eines Weltkrieges entgegensetzen können, so hat uns auf der anderen Seite die Lebenskraft und Anpassungsfähigkeit der privatreichhaltigen Wirtschaftsweise den ungeheuren Kriegserschütterungen gegenüber mehr als eine Ueberraschung gebracht. Niemand von uns hätte es für möglich gehalten, daß diese Wirtschaftsweise einen Krieg von solcher Dauer und von solchem Umfange würde aushalten können. Aus diesen neuen Erkenntnissen die notwendigen Schlussfolgerungen für die politische Praxis zu ziehen, das ist eine Selbstverständlichkeit. Der wäre ein netter Sozialdemokrat, der gleichsam mit verbundenen Augen durch die Welt laufen wollte, der Auge und Ohr gewaltsam verschließen wollte vor allem was um ihn herum vorgeht! Marx, Engels und Lassalle, Wilhelm Liebknecht und August Bebel haben niemals von einer derartigen Sorte von „Prinzipienfestigkeit“ etwas wissen wollen und auf sie am allerwenigsten darf unsere Parteiopposition sich berufen.

Ist also ohne weiteres zuzugeben, daß die Sozialdemokratie neuen Erkenntnissen nicht unzugänglich ist, so muß auf der anderen Seite um so lauter betont werden, daß sie in dem entscheidenden Punkte gar keiner neuen Erkenntnisse, gar keines „Umlernens“ bedurfte. Dieser entscheidende Punkt ist die Stellung der Sozialdemokratie zum eigenen Lande und zu seiner Verteidigung. So sehr die Sozialdemokratie aller Länder, und die deutsche Sozialdemokratie wahrlich nicht zum wenigsten, den Krieg von jeher verabscheut hat und heute noch verabscheut, so unermüdlich sie in ihren Anstrengungen war, die Gegensätze zwischen den Völkern und Staaten auszugleichen, mit so tiefem Ernst sie bis zum letzten Augenblick daran gearbeitet hat, das furchtbare Verhängnis dieses Weltbrandes abzu-

wenden, so wenig hat sie jemals einen Zweifel daran gelassen, daß sie, sollte es trotz alledem und alledem einmal zum Kriege kommen, das Vaterland, das auch das Vaterland der Arbeiter, das Vaterland ihres Kampfes und ihrer Zukunft ist, in der Stunde der Gefahr nicht im Stiche lassen werde. Mit vollem Recht konnte deshalb in der Erklärung, mit der am 4. August 1914 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten begründete, gesagt werden, daß die Partei mit dieser Tat nur das wahr mache, „was wir immer betont haben“.

Dieser Gedanke der Vaterlandsverteidigung im allgemeinen und der Gedanke, daß die Sozialdemokratie insbesondere die heilige Pflicht habe, jeden Angriff des russischen Barbaren- und Despotenstaates von Deutschlands Grenzen abzuwehren, zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte unserer Partei. Von den Tagen um 1848 herum angefangen, da Marx und Engels in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ im Interesse der deutschen Demokratie zum Kampfe gegen Rußland aufriefen, bis hin zu den letzten Kongressen der zweiten Internationale! Dafür soll auf den folgenden Blättern der Beweis geführt werden. Es ist natürlich unmöglich, auf dem knappen Raume, der uns hier nur zur Verfügung steht, ein völlig lückenloses Bild aller in Frage kommenden Artikel, Reden und Beschlüsse zu geben. Doch auch das Wenige, was wir hier an solchen Kundgebungen zusammenstellen werden, wird schon genügen, um jedem unbefangenen Leser zu beweisen, daß die Behauptung, die deutsche Sozialdemokratie sei am 4. August 1914 sich selbst und ihrer ganzen Vergangenheit untreu geworden, eine glatte Unwahrheit ist.

II. Wie war es im Jahre 1870?

Am häufigsten werden bei den Debatten über die Haltung der Deutschen Sozialdemokratie in diesem Kriege die Vorgänge des Jahres 1870 zum Vergleich herangezogen. Wir müßten den uns hier zur Verfügung stehenden Raum weit überschreiten, wollten wir die ganzen geschichtlichen Zusammenhänge jenes Krieges und die damalige Situation der in zwei sich bekämpfende Richtungen gespaltenen deutschen Sozialdemokratie im einzelnen schildern. Wir wollen nur wenige Dokumente aus jenen Tagen in die Erinnerung zurückerufen.

Was zunächst die sogenannte Richtung der „Eisenacher“ betrifft, als deren Vertreter damals Wilhelm Liebknecht und August Bebel galten, so äußerte sich das offizielle Organ dieser Richtung, der von Liebknecht redigierte „Volkstaat“ in Leipzig, in seiner Nummer vom 20. Juli 1870 wie folgt:

„Also Krieg! Die französische Demokratie, namentlich das französische Proletariat hat laut und energisch gegen den Krieg protestiert. Bonaparte will durch Demütigung Preußens seinen schwankenden Thron befestigen, der sozial-republikanischen Bewegung in Frankreich ein inneres „Sadowa“ bereiten. Der Dezemberthron ist der Eckstein des reaktionären Europa. Fällt Napoleon, so fällt der Hauptträger der modernen Klassen- und Säbelherrschaft. Siegt Bonaparte, so ist mit der französischen die europäische Demokratie vernichtet. Aus diesen Tatsachen ergibt sich: Unser Interesse erheischt die Vernichtung Bonapartes!“

Trotzdem enthielten sich bei der wenige Tage später im Reichstage stattfindenden Abstimmung über die Kriegskredite Liebknecht und

Bebel bekanntlich der Stimme. Wohl gemerkt: sie lehnten die Kredite nicht etwa ab. Sie enthielten sich auch nicht etwa aus irgendwelchen „prinzipiellen“ Bedenken, sondern ausschließlich deshalb, weil sie damals im schärfsten Kampfe gegen das Ministerium Bismarck standen, dem sie durch die Stimmenthaltung ihr schroffstes Mißtrauen zum Ausdruck bringen wollten. Wie wenig diese ihre Haltung von Bebel und Liebknecht selbst dahint verstanden wurde, daß ein Sozialdemokrat grundsätzlich niemals für Kriegskredite stimmen dürfe, das hat Liebknecht selbst aus deutlichste befundet in der Reichstagsitzung vom 26. November 1870; in jener Sitzung erklärte Liebknecht in seinem und in Bebels Namen nach dem amtlichen Stenogramm wörtlich:

„Hätte damals im Juli eine Regierung an der Spitze unserer Geschäfte gestanden, der wir Vertrauen geben konnten, so hätten wir damals mit Freuden die Gelder für den Krieg bewilligt.“

Es war also nur ihre scharfe Kampfstellung zum Ministerium Bismarck, also eine rein taktische Erwägung, die Bebel und Liebknecht damals zu ihrer viel besprochenen Stellungnahme veranlaßt hat. Natürlich bedeutet nun nicht etwa umgekehrt im gegenwärtigen Kriege die durch die Umstände geforderte Annahme der Kredite ein Votum des Vertrauens zur Regierung. Ein solches hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion damit weder aussprechen wollen, noch auch tatsächlich ausgesprochen.

Uebrigens fand Bebels und Liebknechts Stimmenthaltung nicht einmal in ihrer engeren Parteigruppe ungeteilten Beifall. Die offizielle Parteileitung, der sogenannte „Braunschweiger Ausschuß“ mit dem unbergeßlichen Wilhelm Bracke an der Spitze, ließ keinen Zweifel darüber, daß er die Zustimmung Bebels und Liebknechts zu den Kriegskrediten weit lieber gesehen hätte, als ihre Stimmenthaltung. Wie die Parteileitung damals die Situation beurteilte, geht sehr deutlich hervor aus dem Aufruf des Braunschweiger Ausschusses vom 24. Juli 1870. Ein paar Absätze aus diesem Aufrufe seien hier wiedergegeben:

„Solange ein böser Geist die Soldaten Frankreichs an Napoleons Fersen heftet und unsere deutschen Marken mit Krieg und Verwüstung bedroht, werden wir mit aller Entschiedenheit die Unantastbarkeit des deutschen Bodens gegen napoleonische und jede andere Willkür verteidigen helfen. Auch das Streben des deutschen Volkes nach Erringung der nationalen Einheit ist berechtigt; haben sich die Deutschen bei der augenblicklich gemeinsamen Gefahr wie ein Mann zusammengescharrt, so wird der gemeinsame Kampf das Band fester und fester schließen und vielleicht entsteht aus den großen Wirren von heute zu unserer aller Freude in nächster Zukunft der deutsche Staat...“

... Wenn, so hoffen wir, Begeisterung und Mut unsere deutschen Brüder bald zum Siege führen, da ist es unsere Pflicht, uns nicht berauschen zu lassen von dem Siegestaumel, der so leicht der Menschen Geister berückt, sondern eingedenk dessen zu sein, daß wir nicht nur Deutsche sind, und nicht nur Deutschland freiheitlich einigen wollen, sondern daß unsere französischen Nachbarn, daß alle Völker unserer Erde unsere Brüder sind, mit denen gleiches Los und gleiches Streben uns einen. Und wenn auch jetzt, von unserem Segen und unseren Wünschen begleitet, die deutschen Krieger hinaus-

ziehen müssen zum Kampf gegen die Söldnerscharen des französischen Kaisers, so darf dennoch nie der Haß unser Herz erfüllen gegen die französischen Arbeiter, gegen die französische Nation! Mit ihnen gemeinsam haben wir dann, so hoffen wir, bald wieder die Fahne des Proletariats, die rote Fahne voranzutragen und — jede Gemeinschaft mit anderen Parteien weit von uns weisend — erneut den Kampf aufzunehmen für die heiligen Prinzipien der Demokratie und des Sozialismus."

Und dieser im Namen der Sozialdemokratie veröffentlichte Aufruf schließt mit den Worten: "Es lebe Deutschland! Es lebe der internationale Kampf des Proletariats!"

In einem zweiten Manifest, das — nach Sedan — der Braunschweiger Ausschuß erließ, wurde zwar scharf dagegen Stellung genommen, daß der Kampf gegen das französische Kaiserreich sich auswache zu einem Kampf gegen das französische Volk, aber auch in diesem zweiten Aufrufe heißt es wieder klar und unmißverständlich:

"Solange die napoleonischen Armeen Deutschland bedrohten, war es unsere Pflicht, als Deutsche den Verteidigungskrieg, den Krieg um die Unabhängigkeit Deutschlands zu führen. Ein solcher Verteidigungskrieg schließt nicht aus, daß man den Feind angreife; er schließt, wie jeder Krieg, ein, daß letzterer zum Frieden gezwungen wird. Daher mußten wir selbst dann noch den deutschen Heeren den Sieg wünschen, als die unmittelbare Bedrohung der deutschen Grenzen beseitigt und unser braves Heer mitten in Frankreich hineingedrungen war; freudig bewegten uns die in unerhörter Tapferkeit, in großartiger Todesverachtung von unseren deutschen Brüdern errungenen glorreichen Siege. Und gewiß können wir stolz darauf sein, einem solchen Heldenvolke anzugehören."

Auch sonst fand Bebel's und Liebknecht's Stimmhaltung vom Juli 1870 keineswegs den ungeteilten Beifall der Partei: So schrieb im "Vorboten" J. B. Becker, der alte wackere Kämpfer:

"Nun ist aber das mit Krieg bedrohte und dazu genötigte Deutschland Frankreich gegenüber in einer ganz anderen Lage und man kann natürlich nicht einen Deutschen des Chauvinismus beschuldigen, wenn er alle Anstrengungen macht, den Feind fernzuhalten, sein Land von den Greueln des Krieges zu verschonen und Würschaften gegen die Wiederholung solchen Frevels zu erreichen sucht."

Wie beurteilten Marx und Engels die damalige Situation? Marx schrieb am 28. Juli 1870 an Engels:

"Die Franzosen brauchen Prügel. Siegen die Preußen, so liegt die Zentralisation der Staatsgewalt, nützlich der deutschen Arbeiterklasse."

Und Engels äußerte sich in einem Briefe vom 15. August 1870 Marx gegenüber folgendermaßen:

"Mir scheint der Kasus so zu liegen: Deutschland ist durch Badinguet (Spottname auf Napoleon III.) in einen Krieg um seine nationale Existenz hineingeritten. Unterliegt es, so ist der Bonapartismus auf Jahre gefestigt und Deutschland auf Jahre, vielleicht auf Generationen, laputt. Von einer selbständigen deutschen Arbeiterbewegung ist dann auch keine Rede mehr; der Kampf um Herstellung der

nationalen Existenz absorbiert dann alles, und bestenfalls germalen die deutschen Arbeiter ins Schlepplau der französischen. Siegt Deutschland, so ist der französische Bonapartismus jedenfalls kaputt, der ewige Krakeel wegen Herstellung der deutschen Einheit endlich beseitigt, die deutschen Arbeiter können sich auf ganz anderem nationalen Maßstabe als bisher organisieren, und die französischen, was auch für eine Regierung dort folgen mag, werden sicher ein freieres Feld haben als unter dem Bonapartismus. Die ganze Masse des deutschen Volkes, alle Klassen haben eingesehen, daß es sich eben um die nationale Existenz in erster Linie handelt, und ist darum sofort eingesprungen. Daß eine deutsche politische Partei unter diesen Umständen à la Wilhelm (Liebknecht) die totale Obstruktion predigen und allerhand Nebenrücksichten über die Hauptücksicht setzen (kann), scheint mir unverständlich!"

Im Gegensatz zu Bebel und Liebknecht stimmten am 19. Juli 1870 die drei anderen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten (Bassalleaner) Frißche, Hasenclever und Schweizer, d. h. also die Mehrheit der damaligen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, den Kriegskrediten zu. Schon zwei Tage zuvor, am 17. Juli 1870, hatte das offizielle Parteiorgan der Bassalleaner, der „Sozialdemokrat“, in seiner Nummer 82 geschrieben:

„Der Krieg ist erklärt! Louis Napoleon Bonaparte übersfällt Deutschland mit seiner stehenden Armee ohne jeden triftigen Grund zum Kriege.

Der Krieg von 1870, er ist ein Krieg gegen den Sozialismus. Und jeder Deutsche, der sich dem Friedensbrecher entgegenwirft, der kämpft nicht nur fürs Vaterland, der kämpft gegen den Hauptfeind der Ideen der Zukunft (Napoleon III), für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.“

Von hohem Interesse ist auch, wie sich der Geschichtsschreiber der deutschen Sozialdemokratie, Franz Mehring, über die damaligen Vorgänge äußert; im vierten Band seiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie (4. Auflage von 1909) heißt es auf Seite 4 und folgende:

„Die Bourgeoisie taumelte hüben und drüben ihren Bonapartes nach, während das Klassenbewußte Proletariat diesseits wie jenseits des Rheins sich über den eigentlichen Charakter des Krieges klar war. Die französischen Mitglieder der Internationale erließen im „Reveil“ vom 12. Juli einen Aufruf an die Arbeiter aller Nationen, worin es hieß: „Krieg wegen einer Frage des Uebergewichts oder wegen einer Dynastie kann in den Augen aller Arbeiter nichts sein als eine verbrecherische Torheit,“ und zahlreiche ähnliche Adressen französischer Arbeiter verurteilten den „ausschließlich dynastischen“ Krieg. Diese Kundgebungen fanden einen lebhaften Widerhall im deutschen Proletariat; Massenversammlungen in Chemnitz, Leipzig, Fürth, Nürnberg, München schlossen sich ihnen unbedingt an. Dagegen machten andere Massenversammlungen, so namentlich in Braunschweig, wo Bracke, und in Berlin, wo Schweizer sprach, bei aller grundsätzlichen Zustimmung doch den tatsächlichen Vorbehalt, daß der Friedensstörer für diesesmal Bonaparte sei, und daß Deutschland den Ver-

Feindigungskrieg als ein unvermeidliches Uebel hinnehmen müsse, es sei denn, daß der Angreifer rechtzeitig durch die französische Nation beseitigt würde. Beide Versammlungen fanden am 16. Juli statt, und am 23. Juli sagte auch der Generalrat der Internationale (Marx und Engels) in einer Adresse über den Krieg, bei aller scharfen Verurteilung sowohl der bonapartistischen wie hohenzollernschen Politik, daß der Krieg auf deutscher Seite ein Verteidigungskrieg sei, dem die deutschen Arbeiter nur nicht erlauben dürften seinen streng defensiven Charakter abzustreifen, während Johann Philipp Becker im „Vorboten“ mit fernigem Verstande den Chauvinismus geißelte, der auch in der bürgerlichen Demokratie Frankreichs sein Unwesen trieb.

Kein Zweifel, daß, wie in den deutschen Volksmassen überhaupt, so auch in der Masse des deutschen Proletariats das Verlangen vorwog, mit gewaffneter Hand die bonapartistischen Angriffe zurückzuweisen. Es wäre auch schwerlich anders gewesen, wenn Bismarcks diplomatische Machenschaften damals schon so bekannt gewesen wären wie sie es heute sind. Mochte Bismarck was immer gesündigt haben und der Norddeutsche Bund wie wenig immer mit einem nationalen Idealstaate gemein haben, so galt es, dem Auslande endlich einmal zu zeigen, daß Deutschland entschlossen und fähig sei, seinen eigenen Willen zu haben. Durch alle diplomatischen Lügen hindurch sah das Volk nur die eine Tatsache, daß der Krieg geführt werden müsse, um die nationale Existenz sicherzustellen. . . .

Der Norddeutsche Reichstag, der am 19. Juli zu einer außerordentlichen Session zusammentrat, bewilligte einstimmig die geforderte Kriegsanleihe. Jedoch enthielten sich Liebknecht und Bebel der Abstimmung, weil sie weder der preussischen Regierung, die durch ihr Vorgehen im Jahre 1866 den gegenwärtigen Krieg vorbereitet habe, ein Vertrauensvotum geben, noch auch die frevelhafte und verbrecherische Politik Bonapartes billigen könnten. Die demonstrative Mundgebung war als solche durchaus logisch, denn an und für sich waren Bismarcks Mänke genau ebenso verwerflich, wie Bonapartes Mänke.

Aber praktische Politik wäre diese moralische Demonstration erst dann gewesen, wenn es eine Möglichkeit gegeben hätte, den Bismarcks und den Bonapartes das Handwerk zu legen. Solange diese Möglichkeit fehlte, kam es darauf an, wessen Sache die schlechtere sei und wessen Sieg der verhängnisvollere sein würde. Diese Entscheidung konnte aber nicht zweifelhaft sein. Mit Recht sagte der „Sozialdemokrat“ „Sieg Napoleons bedeutet Niederlage der sozialistischen Arbeiter in Frankreich, bedeutet die Allmacht der bonapartistischen Soldateska in Europa, bedeutet vollständige Zerstüdelung Deutschlands. Deshalb stimmten die parlamentarischen Vertreter der Vassalleaner für die Kriegskredite.“

Bekannt ist, daß in der Herbsttagung des Reichstags von 1870 schließlich alle sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gegen die geforderten neuen Kriegskredite stimmten. Sie taten das, weil inzwischen in Frankreich der Hauptschuldige, Napoleon, beseitigt, die Republik erklärt worden war und diese zu einem anständigen Frieden mit Deutschland, zu einem Frieden ohne Annexionen, die Hand geboten hatte, die deutsche Regierung darauf aber nicht eingegangen war. Heute liegen die Dinge leider genau umgekehrt. Deutschland

ist jeden Augenblick zu einem ehrenvollen Frieden bereit, während die Gegner immer noch den Kampf bis zur Verschmetterung unseres Landes proklamieren.

III. Die Meinung von Friedrich Engels.

Von den zahlreichen Darlegungen, die wir aus der Feder unseres Altmeisters Friedrich Engels über die russische Gefahr und über die Stellung besitzen, die Deutschland und mit ihm die deutsche Arbeiterklasse dieser Gefahr gegenüber einzunehmen hat, wollen wir heute nur zwei hervorheben. Die eine findet sich in der schon im Jahre 1860 erschienenen Engelschen Schrift „Savoyen, Nizza und Rhein“. Am Schlusse dieser Schrift heißt es wörtlich:

„In diesem Augenblick noch droht uns die russisch-französische Allianz, Frankreich selbst kann uns nur in einzelnen Momenten gefährlich werden, und dann auch nur durch die Allianz mit Rußland. Aber Rußland bedroht und insultiert uns stets, und wenn Deutschland sich dagegen erhebt, dann setzt es den französischen Gendarmen in Bewegung durch die Aussicht auf das linke Rheinufer. Sollen wir es uns noch länger gefallen lassen, daß dies Spiel mit uns getrieben wird? Sollen wir fünfundvierzig Millionen es noch länger dulden, daß eine unserer schönsten, reichsten und industriellsten Provinzen fortwährend zum Röderdient, den Rußland der Prätorianerherrschaft in Frankreich vorhält? Hat das Rheinland keinen anderen Beruf, als von Krieg überzogen zu werden, damit Rußland freie Hand an der Donau und Weichsel bekommt? Das ist die Frage. Wir hoffen, daß Deutschland sie bald mit dem Schwert in der Hand beantwortet. Halten wir zusammen, dann werden wir den französischen Prätorianern und den russischen Kapuschtschiks schon heimleuchten.“

Wie Engels zehn Jahre später, im Jahre 1870, die Situation beurteilte, ist schon an einer anderen Stelle dieses Schriftchens mitgeteilt worden. Hier wollen wir nur daran erinnern, daß Engels bis kurz vor seinem im Jahre 1895 erfolgten Tode — in den verschiedensten Zusammenhängen — immer wieder ähnliche Gedanken niedergeschrieben hat, wie in der eben zitierten Stelle aus der Schrift von 1860. Nur eine dieser Stellen sei noch wiedergegeben. Sie findet sich in seinem bekannten, im Jahre 1892 in der „Neuen Zeit“ (Band I) erschienenen Artikel; hier erörtert Engels die Frage, in welchem Falle „deutsche Sozialisten an einem Kriege, auch gegen Frankreich, unbedingt teilnehmen würden.“ Dieser Fall, meint Engels, sei dann gegeben, wenn Frankreich und Rußland gemeinsam gegen Deutschland und Oesterreich stehen. Wörtlich fährt Engels dann fort:

„Dann kämpft Deutschland einfach um seine Existenz! Siegt es, so findet es nirgends Annexionsstoff vor, im Westen wie im Osten trifft es nur auf fremdsprachige Provinzen, und deren hat es schon mehr als genug. Wird es besiegt, zerhackt zwischen dem französischen Hammer und dem russischen Ambos, so verliert es an Rußland Altpreußen, an Dänemark ganz Schleswig, an Frankreich das linke Rheinufer. Selbst wenn Frankreich diese Eroberung zurückwiese, Rußland würde sie ihm aufzwingen. Denn Rußland braucht vor allem einen ewigen Zankapfel, einen Grund unaufhörlicher Entzweiung zwischen Frankreich und Deutschland. Ver-

führt diese beiden großen Länder und es ist aus mit der Vorherrschaft in Europa. Ein so zerstückeltes Deutschland aber wäre außerstande, die ihm in der europäischen geschichtlichen Entwicklung zukommende Rolle durchzuführen. Herabgedrückt auf den Stand, den ihm Napoleon nach Tilsit aufzwang, könnte es sich am Leben erhalten nur in der Vorbereitung eines neuen Krieges zur Wiederherstellung seiner nationalen Lebensbedingungen. Inzwischen aber bliebe es das gefügte Werkzeug des Zaren, der nicht ermangeln würde, sich seiner zu bedienen — gegen Frankreich.

Was würde unter solchen Umständen aus der deutschen sozialdemokratischen Partei? Soviel ist sicher: weder der Zar, noch die französischen Bourgeoisrepublikaner, noch die deutsche Regierung selbst würden eine so schöne Gelegenheit vorübergehen lassen zur Erdrückung der einzigen Partei, die für sie alle drei der „Feind“ ist. . . .

Wenn aber der Sieg der Russen über Deutschland die Erdrückung des deutschen Sozialismus bedeutet, was wird dann, gegenüber einer solchen Aussicht, die Pflicht der deutschen Sozialdemokraten sein? Sollen sie die Ereignisse passiv über sich ergehen lassen, die ihnen Verpflichtung drohen, sollen sie widerstandslos den Posten räumen, für den sie die Verantwortung übernommen haben vor dem Proletariat der ganzen Welt?

Keineswegs. Im Interesse der europäischen Revolution sind sie verbunden, alle eroberten Stellungen zu behaupten, nicht zu kapitulieren, ebensowenig vor dem äußeren wie vor dem inneren Feind. Und das können sie nur, indem sie bis aufs äußerste Rußland bekämpfen und alle seine Bundesgenossen, wer sie auch seien.

Sollte die französische Republik sich in den Dienst Seiner Majestät des Zaren und Selbstherrschers aller Reußen stellen, so würden die deutschen Sozialisten sie mit Leidenschaft bekämpfen, aber bekämpfen würden sie sie.“

IV. Wie urteilte Wilhelm Liebknecht?

Wir sagten vorhin schon, daß Wilhelm Liebknechts Haltung im Jahre 1870 keineswegs auf die Ansicht zurückzuführen war, ein Sozialdemokrat dürfe unter keinen Umständen jemals für Kriegskredite stimmen. Ganz im Gegenteil — kaum einer unter uns hat ins besondere die russische Gefahr so klar erkannt und so treffend beurteilt wie Wilhelm Liebknecht, der schon in den stürmischen Tagen seiner Jugend nicht nur für die Freiheit Deutschlands, sondern nicht minder begeistert auch für seine nationale Einheit und Unabhängigkeit gestritten hatte und der bis an sein Lebensende — wie erinnern wir an seine letzte Dresdener Rede, wenige Tage vor seinem Tode — den großdeutschen Gedanken seiner Jünglingstage die Treue gehalten hat.

Schon auf dem Nürnberger Arbeitertag von 1868 hat sich Liebknecht sehr drastisch insbesondere über die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Frage eines Krieges gegen Rußland ausgesprochen. Er sagte da u. u.:

„Einer der Vorredner (es war der alte Ladendorfs) hat für die allgemeine Entwaffnung gesprochen. Auch ich bin dafür, aber sie kann erst eintreten, wenn alle Feinde der Völker unschädlich gemacht sind. Und das wird noch lange dauern. Für Deutschland und Frankreich scheint

mir die Stunde der Befreiung nicht sehr fern. Doch mit unserer Befreiung sind wir noch nicht am Ziele, es bleibt uns noch eine blutige Arbeit zu verrichten und eine heilige Pflicht zu erfüllen: die Zerkümmernung Rußlands, die Wiederherstellung Polens. Ist dem russischen Doppelaar das nach Westen gefehrte Haupt abgeschlagen, haben wir an Polen die Verbrechen unserer Fürsten . . . gesühnt, ist der Despotismus aus seinem letzten Schlupfwinkel vertrieben, dann, aber auch erst dann können die Völker entwaffnen. Bis dahin müssen wir festhalten an unserer Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung: „Jeder Bürger Soldat, jeder Soldat Bürger.“

In Liebknechts Ende der siebziger Jahre veröffentlichten Schrift: „Soll Europa kosakisch werden?“ heißt es:

„Rußland — eine halbbarbarische Macht, die sich gerade soviel Zivilisation angeeignet hat, um ihre barbarischen Ziele mit dem Raffinement der Kultur verfolgen zu können. Der brutalste Raubstaat, den die Geschichte kennt, der einzige, welcher der langen ununterbrochenen Reihe von an der Menschheit begangenen Verbrechen keinen der Menschheit erzeugten Dienst mildernd zur Seite stellen kann . . . dieser räuberischste, grausamste, heuchlerischste aller Raubstaaten darf ungestraft Europa, die Welt aus einer Panik in die andere stürzen, darf den Handel und die Industrie der zum Ausblühen unentbehrlichen Ruhe und Sicherheit berauben, darf Verwickelungen schaffen, aus denen jeden Augenblick ein europäischer, ein Weltkrieg emporsteigen kann.“

In einem Sieg Rußlands sieht Liebknecht „den Tod der Freiheit in Europa und vor allem in unserm Deutschland“. Von einer Niederlage der zarischen Despotie aber hofft er die politische und soziale Umwälzung in Rußland „und damit den Umschwung in ganz Europa“.

Am 28. November 1888 — also mitten unter der brutalsten Herrschaft des Sozialistengesetzes — sagte Liebknecht im Reichstage:

„Was die Feinde der deutschen Einigung drüben in Frankreich und Rußland fürchten, das ist ein zur Verteidigung des Landes einiges deutsches Volk. Und nach dieser Richtung hin — das kann ich Ihnen versichern — ist von unserer Seite bei einflussreichen französischen Politikern, auch persönlich durch mich, jeder Zweifel, falls er vorhanden war, beseitigt worden: Greift Frankreich an, dann ist keine Partei in Deutschland, auf die es rechnen kann, und dann ist der letzte Sozialdemokrat in Deutschland verpflichtet und bereit, gegen den Angreifer zu marschieren!“

Auf dem Erfurter Parteitage (1891) sagte Wilhelm Liebknecht:

„Man wirft mir vor, daß ich erklärt habe, wenn wir angegriffen würden, wenn wir zur Abwehr kämpfen müßten, seien wir bereit, das Vaterland zu verteidigen. Ei gewiß, das habe ich wiederholt erklärt — das ist etwas Selbstverständliches, das tut jeder von uns, und ich frage Herrn Wildberger, ob er es nicht auch tut, nicht tun muß? . . . Erheischtes denn nicht unser eigenes Interesse, daß wir den, der in unser Land eindringt, hinauswerfen, wie man einen Räuber hinauswirft, der in unser Haus einbricht?“

Endlich noch einige Sätze aus der eben schon erwähnten letzten Dresdener Rede Wilhelm Liebknechts im Jahre 1900:

„Wenn wir ein größeres Deutschland hätten haben wollen, dann mußte dafür gesorgt werden, daß das Nordische Lied Wahrheit geworden wäre. Kein 1866 wäre dann gekommen, kein deutsches Siedelland wäre dann in der Gewalt Rußlands geblieben. Welcher Widerspruch: Oesterreich, das Vorland Deutschlands, der Keil, den wir in den Orient vorgeschoben haben, ans Mittelmeer nach Konstantinopel, wird einer undeutschen dynastischen Politik geopfert im Namen Deutschlands und diese Politik wird von Menschen gefeiert, die uns heute noch vorreden, sie schwärmten für die Größe Deutschlands! Was wir vor unseren Türen hatten, das suchen wir in der Ferne, wo nichts zu suchen ist. . . . Am deutschen Volk ist es, zu verlangen, daß unsere Politik unter allen Umständen aus dem russischen Fahrwasser herauskommt. . . .

... Was mich persönlich betrifft, so hat niemand einen vernünftigen Grund, mir vorzuwerfen, ich wolle Deutschland nicht groß und stark sehen. Ich habe schon als zwanzigjähriger Jüngling für Deutschlands Freiheit und Größe gekämpft, ich habe mein Leben dafür eingesetzt, aber ich bin meinen Anschauungen und Idealen treu geblieben! Ich habe immer ein einiges und freies Deutschland gewollt — ein Deutschland, welches das gesamte deutsche Volk umfaßt —, nicht ein preußisch-deutsches Rumpfreich. Und darum mußte ich gegen die Politik protestieren, die unsere deutschen Brüder in Oesterreich durch den schmachwürdigen Bruderkrieg von 1866 den Slaven ausgeliefert hat.“

V. Muer und Vollmar.

Auch Ignaz Muer hat über die Haltung der deutschen Sozialdemokratie im Kriegsfalle niemals einen Zweifel gelassen; so sagte er am 3. Dezember 1890 im Reichstage:

„Wir haben das schon oft erklärt, und auch ich kann erklären, daß wir bereit sind, dem Vaterlande gegenüber ganz dieselben Pflichten zu erfüllen wie alle andern Bürger. . . . Ich weiß, daß nicht einer unter uns ist, der in dieser Beziehung anders denkt.“

Derselbe Genosse Muer erklärte sieben Jahre später auf dem Hamburger Parteitage:

„Wir sind Gegner des Krieges, und doch haben unsere Führer auch mit der Möglichkeit eines Krieges gerechnet und darauf bezügliche offizielle Erklärungen abgegeben. Es läßt sich allerdings eine Möglichkeit denken, in der wir auch für den Krieg eintreten und ihn für absolut notwendig halten. (Sehr richtig.) Ich erinnere nur an die Äußerungen von Bebel und Liebknecht im Reichstage über die Möglichkeit, daß es dazu kommen kann, gegen den Feind aus dem Osten, gegen die Barbarei, gegen den russischen Zarismus und seine Eroberungsgelüste in den Krieg einzutreten. Diese Erklärungen wurden abgegeben unter dem Beifallsturm der gesamten Fraktion.“

Georg v. Vollmar sprach sich über diese Frage in seiner bekannten am 1. Juni 1891 in München gehaltenen Rede wie folgt aus:

„Wenn jemals irgendwo im Ausland die Hoffnung bestehen sollte, daß im Falle eines Angriffs auf Deutschland der Angreifer auf die deutsche Sozialdemokratie zählen könnte, — diese Hoffnung würde gründlich ent-

täuscht werden. Sobald unser Land von außen angegriffen wird, gibt es nur noch eine Partei, und wir Sozialdemokraten werden nicht am letzten unsere Pflicht tun."

Im gleichen Jahre, auf dem Erfurter Parteitage, erklärte Vollmar:

"Ich anerkenne die Gefahr, die von seiten Rußlands kommt, so gut wie irgendeiner, und wenn dieser Krieg kommen sollte, habe ich erklärt, so würde die Sozialdemokratie nach meiner Ueberzeugung nicht die letzte sein, welche in diesem Kampfe mitzieht, sondern ihre ganze Kraft aufwendet, um diese Last, diese unerhörte fortwährende Drohung, welche auf dem Reiche nicht nur, sondern auch auf der Partei ruht, von uns hinwegzunehmen."

Wenn wir auch nur vorübergehend unterliegen sollten, ich glaube nicht ausmalen zu müssen, was es heißt, wenn das russische Wesen wie ein Eiswind über Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie hinwegginge. Die hat dann doch das meiste zu befürchten. Aber auch wenn ein Sieg kommt, den ich wünsche und erhoffe, was dann? Rußland ist nicht so leicht zu bekämpfen, es hat Menschen und Naturkräfte geradezu genug, um auch nach zahlreichen Niederlagen uns trohen zu können. Die Reche bei der Geschichte würde Frankreich bezahlen, und man könnte nicht einmal sagen, mit Unrecht; denn daran halte ich fest, daß das Wort von Marx aus der Zeit des Beginns des Krieges von 1870, daß die Hilfe der Kosaken anzurufen oder auch nur zu dulden jeglicher Sympathien beraube, nicht nur für Deutschland, sondern auch für Frankreich noch heute gilt."

Endlich erklärte Vollmar auf dem Internationalen Kongress in Stuttgart im Jahre 1907 im Namen der gesamten deutschen Delegation u. a. das Folgende:

"Es ist nicht wahr, daß international gleich antinational ist. Es ist nicht wahr, daß wir kein Vaterland haben, und dabei nenne ich das Wort Vaterland, ohne irgendeine haarspalterische Begriffserklärung hinzuzufügen. Ich weiß, daß und warum der Sozialismus international sein muß. Aber die Liebe zur Menschheit kann mich in keinem Augenblick hindern, ein guter Deutscher zu sein, wie sie andere nicht hindern kann, gute Franzosen oder Italiener zu sein. Und so sehr wir die gemeinsamen Kulturinteressen der Völker anerkennen und ihre Verheerung gegeneinander verdammen und bekämpfen, so wenig können wir an die Utopisterei eines Aufhörens der Nationen und ihres Untergangs in einem formlosen Völkerbrei denken."

VI. Und nun August Bebel!

Aus der Fülle von Bebels Bekenntnissen zur Vaterlandsverteidigung greifen wir zunächst zwei Äußerungen aus dem Frühjahr 1880 (anderthalb Jahre nach Erlass des Sozialistengesetzes!) heraus. Am 2. März 1880 sagte Bebel im Reichstage:

"Sollte es dahin kommen, daß irgendeine Macht deutsches Gebiet erobern wollte, wird die Sozialdemokratie gegen diesen Feind gerade so gut Front machen wie jede andere Partei."

Diesen Gedanken bekräftigte Bebel kurz darauf im „Sozialdemokrat“ (von ihm selbst zitiert in „Aus meinem Leben“ Band III, Seite 141) wie folgt:

„Es mag der Sozialdemokratie sehr hart ankommen, eventuell in einem Kampfe für die Integrität des deutschen Bodens gewissermaßen das famose heimische Regierungssystem und ihre Lobfeinde mit verteidigen zu müssen: aber diese wird sie nicht durch fremde Eroberer los, sondern allein durch eigene Hilfe, durch Uebertreibung des Systems, das herrscht und schließlich die Massen gegen sich empört. . . . In meiner Rede vom 2. März (1880) ist nicht ein Wort, das unserem Standpunkt etwas vergäbe, denn wir verteidigen in einem Verteidigungskriege nicht unsere Feinde und deren Institutionen, wir verteidigen uns selbst und das Land, dessen Institutionen wir in unserem Sinne umgestalten wollen, das allein den Boden für unsere Tätigkeit bildet.“

Sechs Jahre später, am 6. Oktober 1886, hielt Bebel in Dresden in einer großen Volksversammlung eine Rede über Deutschland und die orientalische Frage. In dieser Rede sagte Bebel u. a.:

Jede Erweiterung der Machtstellung Rußlands auf der Balkanhalbinsel ist eine schwere Schädigung der Interessen Deutschlands und zugleich eine Gefahr für die gesamte westeuropäische Kulturentwicklung. Es ist eine Hauptaufgabe der deutschen Politik, den Bestrebungen Rußlands nach Machterweiterung auf der Balkanhalbinsel mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.“

Weiter heißt es in der Rede:

„Augenscheinlich ist es Rußland darum zu tun, mit Oesterreich fertig zu werden. Gelingt es ihm, Oesterreich zu einem Angriff zu provozieren — was ihm leicht wird, falls es Bulgarien in seiner Hand hat —, dann braucht es von dort aus nur in der Herzegowina und in Serbien sein Heerhandwerk wieder aufzunehmen — so ist das deutsch-österreichische Bündnis für Oesterreich ohne Wert. Das Bündnis gilt nur, wenn Oesterreich angegriffen wird. Wird in einem Kriege zwischen Oesterreich und Rußland ersteres geschlagen, dann ist Rußland Herr auf der Balkanhalbinsel, dann gibt es keine Macht mehr, die ihm dort den Rang streitig machen kann. Hat aber Rußland dieses Ziel erreicht, dann ist der Augenblick gekommen, wo es mit Deutschland abrechnen kann. Und für diesen Fall hebt es sich das Bündnis mit Frankreich auf; Frankreich wird Rußland jede Eroberung im Osten Deutschlands gönnen, und umgekehrt wird Rußland bereit sein, Frankreich nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern auch das ganze linke Rheinufer und Belgien annektieren zu lassen.“

An einer dritten Stelle derselben Rede sagte Bebel:

„Ein Blick auf die Karte zeigt, daß Rußland notgedrungen, will es dem ungeheuren Reich die nötige Lebenskraft und seinen riesigen Naturschätzen den entsprechenden Absatz sichern, danach trachten muß, Herr des Schwarzen Meeres und des Bosporus zu werden, was die Eroberung Konstantinopels und Vorderasiens bedingt. Ferner muß es bestrebt sein, die Ostsee in seine Gewalt zu bekommen, und da zeigt wiederum ein Blick auf die Karte, daß es vor allen Dingen versuchen muß, sich der Njemen- und Weichselmündungen zu bemächtigen, weil diese beiden Hauptflüsse zum weitaus größten Teil in

ihrem Laufe russisches Gebiet durchströmen. Der Versuch zur Eroberung unserer Ostseeprovinzen wird nur eine Frage der Zeit sein, wenn auch bis jetzt, und darin handelt Rußland äußerst schlaue, darüber nie ein Wort gefallen ist. Rußland hebt sich den Schlag gegen Deutschland bis zuletzt auf, und bei diesem Schlag kann es auf die Hilfe Frankreichs sicher rechnen."

Schließlich wurde von der Versammlung, die unter dem Vorsitz von Paul Singer tagte, auf Bebels Vorschlag einstimmig folgende Resolution beschlossen:

"Die Versammlung erklärt, daß sie jede Erweiterung der Machtstellung Rußlands auf der Balkanhalbinsel als eine schwere Schädigung der Interessen Deutschlands ansieht und darin zugleich eine Gefahr für die gesamte westeuropäische Kulturentwicklung erblickt; sie erachtet es daher als eine Hauptaufgabe der deutschen Politik, den Bestrebungen Rußlands nach Machterweiterung auf der Balkanhalbinsel mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten."

Zur Annahme dieser Resolution hatte auch Singer aufgefordert, indem er ausführte, Rußland sei der Hauptvertreter der Reaktion und des Despotismus; wenn eine solche Macht den entscheidenden Einfluß in Europa erlange, sei es mit der Völkerfreiheit vorbei.

Im Jahre 1891 hatte Bebel in einem Artikel über die russische Anleihe abermals auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die im Zarismus für ganz Europa und für Deutschland insbesondere liege. Auf diesen Artikel, der damals vielfach besprochen wurde, nahm Bebel auf dem Erfurter Parteitage (1891) mit folgenden Sätzen Bezug:

"Ich habe für den Fall eines Angriffskrieges gegen Deutschland und dessen Folgen in einem Artikel über die russische Anleihe gesagt: Wir sind Deutsche so gut wie die Herren von der Regierung. . . Der deutsche Boden, das deutsche Vaterland gehört uns, den Massen, ebenso gut und mehr wie jenen. Greift Rußland, der Hort der Grausamkeit und Barbarei, der Feind aller menschlichen Kultur, Deutschland an, um es zu zerstücken und zu vernichten, und das kann nur der Zweck eines solchen Krieges sein, so sind wir so gut und mehr interessiert wie diejenigen, die an der Spitze Deutschlands stehen, und werden dem entgentreten. Ich habe dann hinzugefügt, daß, wenn wir alsdann Seite an Seite mit jenen, die heute unsere Gegner sind, kämpfen, wir es tun, nicht um sie und ihre Staats- und Gesellschaftsordnung zu retten, sondern um Deutschland, d. h. uns selbst zu retten und unseren Boden von einem Barbaren zu befreien, welcher der größte Feind unserer Bestrebungen ist und dessen Sieg unsere Niederlage als Sozialdemokraten bedeute."

In dem von ihm verfaßten Bericht über die Tätigkeit des Deutschen Reichstages während der Legislaturperiode 1890—1893 sagt Bebel:

"An der Erhaltung der Unabhängigkeit Deutschlands sind die arbeitenden Klassen mindestens ebenso interessiert wie diejenigen, die sich als die berufenen Herrscher der Völker betrachten, und das arbeitende Volk ist nicht gewillt, seinen Nacken unter irgendeine Fremdherrschaft zu beugen. Gälte es einmal, sich seiner Haut zu wehren:

die arbeitenden Klassen Deutschlands würden ihren Mann stellen bis zum letzten Mann, und selbst die Ältesten!"

Am 7. März 1904 erklärte Bebel im Reichstage:

"... Ich sage noch mehr: wir haben sogar das allergrößte Interesse, wenn wir in einen Krieg gezerzt werden sollten, ... einen Krieg, in dem es sich um die Existenz Deutschlands handelt, dann — ich gebe Ihnen mein Wort — sind wir bis zum letzten Mann, und selbst die Ältesten unter uns, bereit, die Flinte auf den Buckel zu nehmen und unsern deutschen Boden zu verteidigen, nicht Ihnen, sondern uns zuliebe; selbst meinerwegen Ihnen zum Trost. ... Wir leben und kämpfen auf diesem Boden, unser Heimatland, das so gut unser Vaterland, vielleicht noch mehr, als Ihr Vaterland ist, so zu gestalten, daß es eine Freude ist, in demselben zu leben, auch für den letzten unter uns. Das ist unser Bestreben, das suchen wir zu erreichen, und deshalb werden wir jeden Versuch, von diesem Vaterland ein Stück Boden wegzureißen, mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften bis zum letzten Atemzug zurückweisen!"

Am 10. Dezember 1904 sprach Bebel im Reichstage über das Thema der allgemeinen Volksbewaffnung und kam dabei auf seine Rede vom März zurück; er sagte:

"Verlangen wir die allgemeine Volkswehr, die allgemeine Volksbewaffnung etwa zum Spaß? Nein, weil wir meinen, daß gegenüber einer äußern Gefahr die Notwendigkeit besteht, daß auch der letzte weisensfähige Mann die Möglichkeit haben muß, für die Freiheit und Unabhängigkeit seines Vaterlandes einzutreten, gerade deshalb! Sie haben sich freilich riesig gaudiert, als ich in diesem Frühjahr erklärte, daß ich selbst, trotz meines Alters, in einem solchen Kampfe für die Unabhängigkeit des Landes noch die Flinte auf den Rücken nehmen würde. Da hat man gelächelt und gespottet. Ja, es war mir blutiger Ernst! Ich und meine Freunde, die treten kein Stück deutschen Bodens an das Ausland ab; denn wir wissen genau, daß in dem Augenblick, wo Deutschland zerstückelt würde, mit Notwendigkeit das ganze geistige und soziale Leben der Nation, solange ein solches Stück Fremdherrschaft dauert, vernichtet würde, daß alle Aspirationen des Volkes darauf hinausgingen, den Fremden aus dem Lande hinauszutreiben. Also das würde eine Entwicklung herbeiführen, die wir gerade von unserm Standpunkt aus entschiedenste zu bedauern und zu bekämpfen hätten."

Zwischen diesen beiden Reichstagsreden Bebels liegt der Bremer Parteitag von 1904. Auf diesem kam die Faltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Frage der Herero-Kredite zur Sprache. Da war es wieder Bebel, der sich also aussprach:

"... Noch ein Wort über meine Erklärung, daß wir im Falle eines Angriffskrieges unter keinen Umständen dulden würden, daß deutsches Land verloren gehe. Ich habe mich gewundert, daß dieses Wort innerhalb und außerhalb der Partei solches Aufsehen erregt hat. Das kommt daher, weil die meisten Menschen ein so kurzes Gedächtnis haben und weil es in der Partei eine Menge jungen Leute gibt, die die Parteigeschichte nicht kennen. Die gleiche Erklärung habe ich vor 24 Jahren

zum erstenmal im Reichstag abgegeben, und im Jahre 1880 hat es darüber sogar zwischen Vollmar und mir zu einer Auseinandersetzung im „Sozialdemokrat“ geführt. Vollmar war damals anderer Ansicht, hat sich aber später bekehrt. In den achtziger und neunziger Jahren haben wir bei den Staatsberatungen dasselbe erklärt. . . .“

Auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart von 1907 sagte Bebel gegen den Franzosen Hervé:

„Hervé sagt: Das Vaterland sei das Vaterland der herrschenden Klassen, das ginge das Proletariat nichts an. Ein ähnlicher Gedanke ist im kommunistischen Manifest ausgesprochen, wo es heißt: Der Proletarier hat kein Vaterland. Aber einmal haben Marx' und Engels' Schüler erklärt, daß sie nicht mehr die Anschauungen des Manifestes teilen, und zweitens haben sie selbst im Laufe der Jahrzehnte zu den europäischen und auch deutschen nationalen Fragen sehr klar und keineswegs negativ Stellung genommen. Was wir bekämpfen, ist nicht das Vaterland an sich, das gehört dem Proletariat weit mehr als den herrschenden Klassen, sondern die Zustände, die in diesem Vaterlande im Interesse der herrschenden Klassen vorhanden sind. (Sehr richtig!) Die Parlamente sind auch eine Einrichtung der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft, und doch gehen wir in die Parlamente, nicht nur um die Klassenherrschaft zu bekämpfen, sondern auch um die Zustände zu verbessern. Wir beschränken uns also nicht auf die Negation, wir arbeiten auch überall positiv. Das Kulturleben und die Kulturentwicklung eines Volkes kann sich nur auf dem Boden voller Freiheit und Unabhängigkeit durch das Hilfsmittel der Muttersprache entwickeln. Daher überall das Streben unter Fremdherrschaft stehender Völker nach nationaler Freiheit und Unabhängigkeit. Das sehen wir z. B. in Oesterreich, das sehen wir an dem Kampf der Polen um ihre nationale Wiederherstellung. Auch in Rußland wird, sobald es moderner Staat geworden ist, die Nationalitätenfrage erwachen. . . . Jedes Volk, das unter der Fremdherrschaft steht, kämpft zuerst für seine Unabhängigkeit. . . . Hervés Gedanke, daß es gleich sei für das Proletariat, ob Frankreich zu Deutschland oder Deutschland zu Frankreich gehöre, ist absurd.“

Auf dem Essener Parteitag (1907) bekräftigte Bebel seine Auffassung in der Frage der Landesverteidigung abermals. Er sagte da:

„. . . Vor circa sieben Jahren führte ich aus, daß, wenn es zu einem Krieg mit Rußland käme, das ich als Feind aller Kultur und aller Unterdrückten nicht nur im eigenen Lande, sondern auch als den gefährlichsten Feind von Europa und speziell für uns Deutsche ansehe, auf den sich in erster Linie die deutsche Reaktion stützt, dann sei ich als alter Knabe noch bereit, die Flinte auf den Buckel zu nehmen und in den Krieg gegen Rußland zu ziehen. Man mag darüber lachen, aber mir war es mit dem Worte bitter ernst. Wir haben in den nächsten Jahren das hundertjährige Jubiläum des Aufstandes der Tiroler gegen die napoleonische Fremdherrschaft. Damals zogen viele Alte mit in den Kampf, und ich weiß nicht, ob ich nicht in einem ähnlichen Falle auch zur Flinte greifen würde, ich glaube, ich habe noch die Kraft, die Flinte zu tragen.“

Endlich hat Bebel — und man kann das als das politische Testament betrachten, das er uns hinterlassen hat — wenige

Wochen vor seinem Tode, im Sommer 1913 in der Budgetkommission des Reichstags folgende Ausführungen gemacht:

„Es gibt in Deutschland überhaupt keinen Menschen, der sein Vaterland fremden Angriffen wehrlos preisgeben möchte. Das gilt namentlich auch von der Sozialdemokratie, der ihre Gegner, die zum Teil unverständlich, zum Teil aber auch gehässig sind, oftmals den Vorwurf der „Vaterlandslosigkeit“ gemacht haben. Die Sozialdemokratie hat, im Gegensatz zu dieser Behauptung, niemals verkannt, daß die geographische und politische Lage des Reichs die Vorbereitung einer starken Schutzwehr notwendig macht. Wir müssen in Deutschland mit der Möglichkeit eines Angriffskrieges von außen leider einstweilen noch rechnen, namentlich von Osten her. Wenn auch das russische Volk in seinen großen Massen bestimmt friedliebend ist und andere Sorgen hat als die Betreibung eines Ueberfalls auf Deutschland, so ist das gleiche nicht mit der gleichen Sicherheit von denjenigen Kreisen zu sagen, die die zaristische Willkürherrschaft zu ihren Zwecken mißbrauchen.

Wenn einmal ein solcher Krieg ausbrechen sollte, den wir alle zu vermeiden wünschen und dem auszuweichen wohl auch die deutsche Reichsregierung bemüht gewesen ist, dann müßte er bei dem heutigen Stande der Waffentechnik, bei der Organisation des Heerwesens und bei der Gestaltung der Staatenbündnisse in Westeuropa ungeheuren Umfang annehmen: er würde zum Weltkrieg werden und unser Vaterland vielleicht vor die Frage von Sein oder Nichtsein stellen. Infolgedessen rechtfertigt sich nicht nur die Wehrhaftmachung des letzten Mannes bei uns, sondern sie ist eine notwendige Forderung. Die Sozialdemokratie war die erste große Partei, die das klar erkannt und daher in ihr Programm den Satz aufgenommen hat, der die Erziehung des Volkes zur allgemeinen Wehrhaftigkeit ausdrückt.“

Diese Worte Bebel's sind auch übergegangen in ein Flugblatt der Parteileitung, das in großen Massen aus Anlaß der Wehrvorlage von 1913 verbreitet wurde.

VII. Die Meinung anderer Parteiführer.

Ohne Unterschied, ob rechts oder links, ob Revisionist oder Radikaler, ist die Pflicht zur Landesverteidigung vor dem Kriege von allen Wortführern der Partei rückhaltlos anerkannt worden. So führte Genosse Noske in seiner Rede zum Militäretat am 25. April 1907 im Reichstage u. a. das folgende aus:

„... Meine Herren, Herr v. Oldenburg und der preußische Kriegsminister haben gestern so getan, als wenn wir Sozialdemokraten überhaupt keine Soldaten haben wollten. Das ist niemals einem Sozialdemokraten eingefallen zu fordern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Niemals ist von sozialdemokratischer Seite die Aufhebung der Armee gefordert worden. Gerade wir Sozialdemokraten sind es gewesen, die gelegentlich bürgerlichen phantastischen Abrüstungs-ideen spottend gegenüberstanden und darauf hingewiesen haben, daß die wirtschaftlichen Gegensätze, die gegenwärtig zwischen den verschiedenen Nationen bestehen, zurzeit noch so stark sind, daß nicht ein einzelner Staat an die Abrüstung denken kann...“

... In dem sozialdemokratischen Programm steht als unsere militärische Programmforderung: „Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit.“ Ich kann mir nicht denken, was der preussische Kriegsminister gegen diese sozialdemokratische Forderung auch von seinem Standpunkt aus einwenden könnte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Stellung zu dem Militärwesen ist gegeben durch unsere Auffassung des Nationalitätenprinzips. Wir fordern die Unabhängigkeit jeder Nation. Aber das bedingt, daß wir auch darauf Wert legen, daß die Unabhängigkeit des deutschen Volkes gewahrt wird. Wir sind selbstverständlich der Meinung, daß es unsere verdamnte Pflicht und Schuldigkeit ist, dafür zu sorgen, daß das deutsche Volk nicht etwa von irgendeinem anderen Volke an die Wand gedrückt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein solcher Versuch gemacht werden sollte, dann würden wir uns selbstverständlich mit ebenso großer Entschiedenheit wehren, wie das nur irgendeiner der Herren auf der rechten Seite des Hauses tun kann, die jetzt so tun, als wenn sie den Patriotismus in Erbpacht genossen haben...

... Meine Herren, wir Sozialdemokraten fordern, wie immer wieder von uns betont worden ist, die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Das ist doch das Gegenteil davon, daß wir Sozialdemokraten dafür eintreten sollen, wie man uns fälschlicher- und verleumderischerweise so oft nachgesagt hat, daß wir auf eine Wehrlosmachung Deutschlands hinarbeiten. Wenn unser Volk die beste Bildung hat, und wenn unsere Jugend die vorzüglichste körperliche Ausbildung erfahren hat, die möglich ist, dann werden wir in Deutschland die besten Soldaten haben, auch wenn Gamaschendrill und eine ganze Reihe anderer Dinge, die heute noch hochgehalten werden, aufgegeben worden sind...

... Ich gehe als Sozialdemokrat mit dem Herrn Kriegsminister zusammen, wenn er erklärt hat, man habe ein Interesse daran, daß die deutschen Soldaten die besten Waffen haben. Wer so wie ich und Tausende von Männern jahrelang den Gestellungsbefehl für den ersten Mobilmachungstag in der Tasche getragen hat, der hat auch natürlich ein Interesse daran, daß er mit einem modernen Gewehr statt mit einer Heugabel ins Feld gestellt wird; das ist doch so selbstverständlich wie nur irgend etwas...

... Meine Herren, im 17. sächsischen Reichstagswahlkreise, wo morgen die Ersatzwahl stattfindet, las ich dieser Tage wieder die Beschuldigung, die Sozialdemokraten wollten, daß Russen, Franzosen, Engländer Deutschland verwüsteten, um zur Republik zu gelangen. (Heiterkeit.) Ja, meine Herren, wenn derartige niederträchtige Verleumdungen immer wieder in die Welt gesetzt werden, dann haben wir allen Anlaß, uns hier vor dem ganzen Lande gegen derartige Beschuldigungen zu verwahren. Wie könnten wir so wahnwichtig sein, wünschen zu wollen, daß ein Feind ins Land kommt und es verwüstet! Meine Herren, darüber sind wir Sozialdemokraten uns durchaus klar, daß unter einem verlorenen Krieg die Armen, die Arbeiterbevölkerung, am meisten zu leiden hätten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weber hat hier — das ist doch auch dem Kriegsminister und den anderen Herren bekannt, die gegen uns Vorwürfe erheben — betont, daß selbstverständlich die Sozialdemokraten die Flinte auf den Buckel nehmen würden, wenn es sich darum handelte,

Deutschland vor wirklichen Gefahren zu bewahren. Ich behaupte, daß es keinen deutschen Sozialdemokraten gibt, der eine andere Auffassung hegt.

Sie, meine Herren von der rechten Seite des Hauses, behaupten, wie es gestern Herr von Liebermann unter Ihrem Beifall wieder getan hat, daß Sie Angriffskriege nicht unternehmen wollen, daß Sie aber den Standpunkt vertreten, wenn frieböse Angriffe gegen Deutschland gerichtet werden, zu erklären: sie sollen nur kommen! Der Kriegsminister hat diese Erklärung unterstrichen. Dazu sage ich: in der Beurteilung von Angriffskriegen auf Deutschland stimmen wir absolut überein! Es gibt da keinen Unterschied! Angriffe würden wir Sozialdemokraten mit ebenso großer Entschiedenheit zurückzuweisen bemüht sein, wie das irgendein Angehöriger der bürgerlichen Parteien tun könnte und wollte."

Nach Noske sprach in jener Sitzung des Reichstages der Kriegsminister von Einem; er leitete seine Rede mit folgenden Worten ein:

"Meine Herren, ich akzeptiere die Feststellung des Herrn Vorredners, daß seine Partei entschlossen sei, bei einem Angriffskrieg das Deutsche Reich in derselben Weise und mit derselben Hingabe zu verteidigen, als wie die anderen Parteien es vorhätten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Zurufe und Heiterkeit rechts.) — Meine Herren, ich will das hier feststellen und gern akzeptieren."

Auf dem Essener Parteitag des gleichen Jahres bekräftigte Noske diese seine Anschauungen, die er unter dem lebhaften Beifall der ganzen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vorgetragen hatte, durch folgende Sätze:

"... Mit Nachdruck ist von mir betont worden, daß im Falle eines Angriffs auf Deutschland, im Falle ernstlicher Bedrohung unseres Landes, die Sozialdemokraten ihr Vaterland begeistert verteidigen wollen. Genau dasselbe haben unsere französischen Parteigenossen wiederholt versichert, als man ihnen den Vorwurf gemacht hatte, daß sie vaterlandslos seien. Dann sind sie uns als Muster patriotischer Gesinnung vorgehalten worden, so wie wir früher und jetzt wieder in Frankreich als gute Patrioten gerühmt worden sind. ... Ich habe keinen Anlaß, auch nur ein Wort von dem preiszugeben oder als unrichtig anzuerkennen, was ich im Reichstage gesprochen habe."

Drei Jahre zuvor, auf dem Bremer Parteitage von 1904, war die Frage der Stimmenthaltung unserer Reichstagsfraktion anläßlich der Hererokredite zur Sprache gekommen. Wie Bebel sich damals äußerte, haben wir schon oben mitgeteilt. In dem von Ledebour verfaßten schriftlichen Bericht der Reichstagsfraktion an den Parteitag heißt es über diese Frage:

"Der durchschlagende Grund für das Verhalten der Fraktion war die Tatsache, daß eine Anzahl Deutscher, die auf Veranlassung der Reichsregierung dorthin gegangen waren, samt ihren Frauen und Kindern durch den Aufstand in Lebensgefahr geraten waren und deshalb gerettet werden mußten. Indem wir die Notwendigkeit einer Rettungsaktion anerkannten, gaben wir nicht ein Titelchen von unserer prinzipiell ablehnenden Haltung gegenüber der Kolonialpolitik

auf. Angenommen, die Regierung hätte sich dieser Pflicht entziehen wollen, so hätte sie doch zur Erfüllung dieser Verpflichtung durch uns gemahnt werden müssen!"

In seiner mündlichen Ergänzung dieses von ihm erstatteten schriftlichen Fraktionsberichts sagte Ladebourg in Bremen u. a.:

"... Es sind ja doch auch Arbeiter, die auf den Farmen und in den Werkstätten tätig sind, es sind Frauen und Kinder darunter, von denen viele in Lebensgefahr waren. Wir Sozialdemokraten sind selbstverständlich Gegner einer ausbeuterischen Kolonialpolitik; aber nachdem das Deutsche Reich einmal diese Gebiete in Besitz genommen hat, hat es auch gewisse Pflichten übernommen, und zu diesen Pflichten gehört der Schutz des Lebens. Die Regierung hatte die Pflicht, das Leben der Ansiedler zu retten, deshalb haben wir, als die Regierung die Mittel dazu verlangte, nicht mit Nein gestimmt, sondern uns der Stimme enthalten. ... Man darf sich nicht auf den Standpunkt stellen: Die Sache geht uns nichts an."

Es wird nicht bestritten werden können, daß im Jahre 1914 in weit höherem Maße als zehn Jahre zuvor beim südwestafrikanischen Aufstand deutsches Leben in Gefahr war. Und möchte damals die Stimmenthaltung genügen, so war diesmal die Bewilligung der Kredite unabweisbare Pflicht.

Die Pflicht zur Landesverteidigung ist auch in den Wahlflugblättern der Partei immer wieder energisch betont worden. So liegt vor uns ein Flugblatt aus dem Januar 1907, das — in Spandau-Osthavelland verbreitet — zur Wahl des Genossen Karl Liebknecht auffordert. In diesem Flugblatt finden sich nachstehende Sätze:

"... Sie (die Sozialdemokraten) sind tausendmal hingestellt worden als ebenso blutrünstige wie gottlose Gesellen, die Thron und Altar gewaltsam umstürzen, die Ehe abschaffen und die „freie Liebe“ einführen wollten. Zu den ganz regelmäßig wiederkehrenden Beschuldigungen, die man auch in solchen Gegenden des Reichs noch vorzubringen wagt, wo man sich scheut, die übrigen Vorwürfe noch zu wiederholen, gehört die, daß die Sozialdemokratie „vaterlandslos“ sei, das Vaterland wehrlos machen wolle und Gegnerin des Militarismus sei, also eine schändliche, vaterlandsberräterische Gesinnung bekunde.

Wenngleich die Sozialdemokratie Gegnerin des Militarismus ist, so will sie doch keineswegs das Vaterland wehrlos machen. Wer ihr das nachsagt, der sagt die Unwahrheit, der ist ein Verleumder. Die Sozialdemokratie verlangt den denkbar höchsten Grad der Wehrhaftigkeit, sie verlangt in ihrem Parteiprogramm:

„Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege."

Die Sozialdemokratie bekämpft also das gegenwärtige Militärsystem und ist dabei doch die beste Freundin der Soldaten. Das wird jedem einleuchten, der das weiß, daß neun Zehntel der Soldaten aus den Reihen des werktätigen Volkes in Stadt und Land stammen; die Soldaten sind ja doch unsere Brüder und

In den Sieg des Sozialismus ist die Verwirklichung des Nationalitätsprinzips geknüpft. . . . Das Nationalitätsprinzip ist das Staatsbildungsprinzip der einheitlichen autonomen Nationen in einem Zeitalter gesellschaftlicher Produktion. . . . Der Aufbau der großen Nationalstaaten im neunzehnten Jahrhundert ist nur der Vorbote eines Zeitalters reiner Verwirklichung des Nationalitätsprinzips, wie die Verbreitung der Kulturgemeinschaft durch den modernen Kapitalismus der Vorbote der Verwirklichung der nationalen Kulturgemeinschaft durch den Sozialismus, wie die genossenschaftliche Produktion in kapitalistischer Gestalt der Vorbote der genossenschaftlichen Produktion durch die Gesellschaft und für die Gesellschaft. So verheißt der Sozialismus allen Nationen die Verwirklichung ihres Verlangens nach Einheit und Freiheit. Das gilt auch für die deutsche Nation."

Und nun noch die Stimme eines wissenschaftlichen Vertreters der ehemaligen äußersten Rechten in der Partei, des Vertreters des Revisionismus. Eduard Bernstein äußerte sich 1899 in seinem Buche: "Die Voraussetzungen des Sozialismus" so:

"Nur wenn die Sozialdemokratie sich auf die doktrinaire Propaganda und das sozialistische Experiment beschränkte, würde sie den nationalpolitischen Fragen gegenüber in rein kritischer Haltung verharren können. . . . Im weiteren Verlaufe wird das Nationale so gut sozialistisch sein wie das Municipale. Nennen sich doch schon heute Sozialisten demokratischer Staatswesen gern Nationalisten. . . . Ist der Arbeiter auch noch kein Vollbürger, so ist er doch nicht mehr im dem Sinne rechtlos, daß ihm die nationalen Interessen gleichgültig sein können. Und ist die Sozialdemokratie auch noch nicht an der Macht, so nimmt sie doch schon eine Machtposition ein, die ihr gewisse Verpflichtungen auferlegt. . . . Nichts gebietet ihr (der Sozialdemokratie), dem Verzicht auf Wahrung deutscher Interessen der Gegenwart oder Zukunft das Wort zu reden, wenn oder weil englische, französische oder russische Chauvinisten an den entsprechenden Maßnahmen Anstoß nehmen. Wo es sich auf deutscher Seite nicht bloß um Liebhabeereien oder Sonderinteressen einzelner Kreise handelt, die für die Volkswirtschaft gleichgültig oder gar nachteilig sind, wo in der Tat wichtige Interessen der Nation in Frage stehen, kann die Internationalität kein Grund schwächlicher Nachgiebigkeit gegenüber den Prätensionen ausländischer Interessen sein."

XI. Im Urteile der Internationale.

Die internationalen Sozialistenkongresse haben sich wiederholt mit der Stellung der Sozialdemokratie im Kriegsfall beschäftigt. Sie haben immer wieder die Pflicht des klassenbewußten Proletariats aller Länder betont, mit äußerster Kraftanstrengung sich gegen den Ausbruch eines Krieges zu stemmen, und sie haben der Arbeiterklasse weiterhin die Pflicht zugewiesen, nach Kräften für die rasche Beendigung eines einmal ausgebrochenen Krieges zu wirken. Nach beiden Richtungen hin hat die deutsche Sozialdemokratie ein sehr gutes Gewissen — vor keiner Sektion der Internationale braucht sie sich da zu verstecken. . . .

Aber ebenso entschieden sie sich gegen den Krieg gewendet haben, haben die internationalen Kongresse auf der anderen Seite stets auch die Pflicht zur Landesverteidigung anerkannt. Besonders interessant sind in dieser Beziehung die Verhandlungen der inter-

nationalen Kongresse von Zürich (1893) und von Stuttgart (1907). Aus dem ersten zitieren wir aus einer Rede des hervorragenden russischen Marxisten Plechanoff die folgenden Sätze:

... Der Militärstreif würde gerade in erster Linie die Kulturvölker entkrafften und würde Westeuropa den russischen Kosaken preisgeben. Der russische Despotismus würde unsere ganze Kultur hinwegschwemmen und anstatt der Freiheit des Proletariats, für welche der Militärstreif ein glänzendes Zeichen sein sollte, würde die russische Knete herrschen. So würde der anscheinend so revolutionäre Antrag Hollands in ein reaktionäres Gegenteil umschlagen.

... Wenn die deutsche Armee über unsere Grenzen einziehen würde, so käme sie als Befreier, wie die Franzosen des Nationalkonvents vor 100 Jahren nach Deutschland kamen, um als Sieger über die Fürsten dem Volke die Freiheit zu bringen.

... Man spricht davon, daß die russische Gefahr durchaus nicht so drohend ist. Aber haben Sie denn vergessen, daß der russische Zar sich mit Ihrer (zu den Franzosen gewandt) Bourgeoisie alliiert hat, daß er der Mörder Polens ist? Wie kann Frankreich seine alte revolutionäre Vergangenheit so sehr vergessen, daß es sich durch Annahme der holländischen Resolution zum Helfershelfer des Barismus machen will?"

Aus den Stuttgarter Verhandlungen, in denen sich die Wortführer aller Nationen scharf gegen die antinationalen Phantastereien des Gustav Hervé von damals wandten, rufen wir gleichfalls noch einige Befundungen zum Gedanken der Nation und der nationalen Verteidigung ins Gedächtnis zurück. Was Deibel und v. Vollmar da im Namen der deutschen Delegation gesagt haben, erwähnten wir vorhin schon. Im Namen der Franzosen erklärte Baillant:

„Die Nationen sind nicht nur nützliche, sondern sogar notwendige Elemente der menschlichen Entwicklung.“

Jean Jaurès sagte:

„Die Nation ist das Schachhaus des menschlichen Genies und Fortschritts, und es stünde dem Proletariat schlecht an, diese kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern.“

Der Schwede Sjalmar Branting äußerte sich so:

„Wir müssen dem Vertreter des antipatriotischen Gedankens eigentlich dankbar sein, daß er uns Gelegenheit gegeben hat, unsere vollkommene Einmütigkeit darüber zu zeigen, daß Nationalität und Internationalität keine Gegensätze, sondern notwendige Ergänzungen sind.“

Endlich Wandervelde:

„Die Internationale der Arbeiter ist nicht eine amorphe Masse ohne Gliederung und Gruppierung, sondern eine freie Vereinigung, ein Bund nicht nur von selbständigen Staaten, sondern auch von Nationen, denen die Internationale ihre Autonomie wiedergegeben hat, wie den Polen. Wir haben die vollste Berechtigung der nationalen Gliederung anerkannt, rückhaltloser und ehrlicher als je eine Partei könnte. Nun wissen wir ja, daß trotz dieser nationalen Gesinnung, die uns alle befeuert, französische Zeitungen der Bourgeoisie nicht aufhören werden, die deutsche Sozialdemokratie als die einzig nationale zu bezeichnen, während

Söhne; ihnen das Leben im bunten Noß so leicht als möglich zu machen, sind die Sozialdemokraten allezeit eifrig bestrebt gewesen."

VIII. Aus den Wahlhandbüchern der Partei.

Zu den allgemeinen Reichstagswahlen gibt der Parteivorstand regelmäßig offizielle Wahlhandbücher heraus, in denen die Haltung der Partei und ihrer parlamentarischen Vertretung zu den wichtigsten politischen Fragen dargelegt wird. Das zu den Wahlen von 1893 in der Form eines Tätigkeitsberichts der Reichstagsfraktion herausgegebene Handbuch, dessen Verfasser Bebel war, erwähnten wir oben schon in dem Kapitel: „Und nun August Bebel“, (Siehe S. 13 unten.)

Im Handbuch für sozialdemokratische Wähler von 1903 ist zu lesen:

„... Die Sozialdemokratie ist bestrebt, ihr Ziel, die Internationalität, nicht in dem Sinne zu verwirklichen, daß sie Deutschland russisch oder französisch zu machen sucht: sie will Deutschland oder auch nur ein Stück von Deutschland weder in russischen noch französischen Händen sehen und würde jedem derartigen Versuch mit ganzer Kraft entgegenzutreten.“

Und im Handbuch von 1906/07 heißt es:

„Daß die Völker unter den gegebenen Verhältnissen nicht wehrlos sein können, erkennt auch die Sozialdemokratie an. Deshalb will sie die Wehrpflicht zu einem Wehrrecht für jeden waffenfähigen Mann machen. Jeder für mündig erklärte Mann soll das Recht haben, die Waffen zu tragen und die Pflicht, gegebenenfalls das Vaterland gegen Angriffe zu verteidigen. Und damit er dieses Wehrrecht und die Vaterlandsverteidigungspflicht leicht und mit dem geringsten Aufwand an Zeit und Kosten ausüben kann, verlangt die Sozialdemokratie die militärische Ausbildung der gesamten männlichen Jugend vom zehnten Lebensjahre an. Daß die deutschen Soldaten ohne Unterschied des Ranges in einem Kriege ihre volle Schuldigkeit tun, bezweifelt auch kein Sozialdemokrat.“

Und endlich heißt es im Wahlhandbuch von 1911:

„Wenn... die Gegner der Sozialdemokratie behaupten, sie wolle Deutschland wehrlos machen, so zeigt die Programmforderung der Partei, daß dieses eine grobe Lüge ist.“

Vorher war als Ziel der Partei auf militärischem Gebiete ausgedrückt worden:

„... Der letzte Mann erhält militärische Ausbildung, die allgemeine Wehrpflicht wird Wahrheit, die Verteidigungsfähigkeit des Landes ist die höchste, die zu erreichen ist...“

Unseres Wissens hat sich gegen diese Erklärungen der offiziellen Wahlhandbücher der Partei niemals irgendein Widerspruch bemerkbar gemacht.

IX. Was sagt das Erfurter Programm?

Den Wortlaut der im Erfurter Programm niedergelegten militärischen Forderungen der deutschen Sozialdemokratie haben wir oben schon, bei dem Zitat aus einem Wahlflugblatt Karl Liebknechts, wiedergegeben,

Hier sei noch nachgetragen, wie die von Karl Kautsky und Bruno Schönlanf herausgegebene offizielle Programmbroschüre der Partei („Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie“, Verlag der Buchhandlung Vorwärts) diese Programmsätze erläutert. In der Broschüre, gegen die nach dieser Richtung hin seit fünfundzwanzig Jahren, soviel wie wir wissen, gleichfalls niemals auch nur der geringste Widerspruch laut geworden ist, heißt es:

„Der leitende Gedanke, welcher Umfang und Weise der Turn- und Kampfspiele bestimmt, ist die Erziehung der Bürger zur Wehrfähigkeit. Ein freies Volk muß verstehen, die Waffen zu führen, seine kriegerische Tüchtigkeit ist ein Schutz und Schirm für den Frieden des Gemeinwesens. Schon dem Kinde ist die Auffassung einzupflanzen, daß niemand verdient, ein Freier zu heißen, der nicht die Waffen zu führen und mit seinem Blut für die Freiheit einzustehen und für sie zu sterben weiß. Gilt es, einen feindlichen Feind von der Heimat fernzuhalten, der Bürger, von Jugend auf in körperlichen Künsten geübt und im Waffendienst geschult, wird den eigenen Forderungen und dem gemeinen Nutzen mit flammendem Eifer und wackerem Mute verteidigen. Und wehe dem, der das geheiligte Gut der Freiheit zu verfehren wagt! Die geschlossenen Reihen der für ihre gute Sache Streitenden sind schlagfertig, und an ihre Fahne knüpft sich der Sieg. Das Volk, das für seine Rechte fight, ist unüberwindlich, ist ihm die Spannkraft der Sehnen und Glieder nicht gelähmt und es führt die Waffen sicher und rasch. Die Schweizer Bauern, die Oesterreichs Ritterwirtschaft auf den Grund stredten und Karls des Kühnen eiserne Scharen zerschmetterten, das französische Massenaufgebot von 1793, das die fremden Unterdrücker zu Paaren trieb, sind hier Muster und Vorbild.“

X. Was sagt die sozialistische Wissenschaft?

Mit der Frage der Kreditbewilligung selbst hat sich die sozialistische Wissenschaft in den Tagen vor dem Kriege unseres Wissens niemals ernsthaft beschäftigt. Wohl aber hat sie wiederholt sehr eingehend die Frage nach der Stellung des Proletariats zum Vaterland und zur Nation behandelt. Am gründlichsten wohl hat sich darüber der radikale Marxist Otto Bauer ausgesprochen in seinem ausgezeichneten Werke „Nationalitätenfrage und Sozialdemokratie“. Um den Geist zu kennzeichnen, der aus diesem von der ganzen sozialistischen Wissenschaft sehr hochgestellten Werke spricht, genügt es, folgende Absätze daraus wiederzugeben:

„... Gedenke ich meiner Nation, so erinnere ich mich der trauten Heimat des Elternhauses, der Kinderspiele, meines alten Schulmeisters, des Mädchens, dessen erster Kuß mich einst beglückt, und von allen diesen Vorstellungen strömt ein Gefühl der Lust auf die mit ihnen eng verknüpfte Vorstellung der Nation, zu der ich gehöre, über. Mein Nationalbewußtsein bedeutet nicht die Erkenntnis eines Fremden, sondern die Erkenntnis meiner eigenen Nationalität, meiner eigenen Art. Werde ich mir bewußt, daß ich einer Nation angehöre, so erkenne ich, daß mich enge Charaktereigenschaft mit ihr verknüpft, daß ihr Schicksal mich, ihre Kultur mich bestimmt, daß sie selbst in meinem Charakter wirkende Kraft ist. Nicht ein Fremdes ist mir die Nation, sondern ein Stück meiner selbst, das in dem Wesen der anderen wiederkehrt...“

die deutschen Zeitungen die Sozialdemokratie Frankreichs als diejenige rühmen werden, die allein fest am Vaterlande halte. Die Widersprüche der Anschauungen zerstören sich selbst, und unsere Resolution spricht erneut die Tatsache aus, daß man die Existenz der Nation als notwendig erkennen kann, ohne dadurch den internationalen Zusammenhang der Arbeiter irgendwie abzuschwächen. Die notwendige Folge dieser unserer Überzeugung war die Anerkennung des unveräußerlichen Rechtes jeder Nation, ihre Unabhängigkeit gegen jeden Angriff von außen zu verteidigen."

Hervorgehoben sei noch, daß Jean Jaurès, als er in Paris über die Stuttgarter Verhandlungen Bericht erstattete, nach Mitteilungen, die wir in einem zu Jaurès' Gedächtnis veröffentlichten Artikel *Romain Rolland's* lesen, scharf hervorhob: zwei Pflichten habe das klassenbewußte Proletariat aller Länder mit gleicher Hingabe zu erfüllen: den Kampf gegen den Ausbruch eines Krieges und die Verteidigung des Vaterlandes in einem einmal ausgebrochenen Kriege.

Auch in der französischen Kammer hat Jean Jaurès wiederholt auf das nachdrücklichste erklärt, daß die französische Bourgeoisie in einem Kriege gegen Deutschland nun und nimmer mehr auf die direkte oder indirekte Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie werde zählen dürfen. Diese werde in einem Kriege ebenso geschlossen und entschlossen für ihr Vaterland eintreten wie die französische Sozialdemokratie für das ihrige.

Damit sei diese kurze Übersicht geschlossen. Jedem unbefangenen Leser wird sie gezeigt haben, daß die deutsche Sozialdemokratie in der Frage der nationalen Verteidigung nicht umgelernt hat und nicht umzulernen brauchte. Mit der Haltung, die sie seit dem 4. August 1914 eingenommen hat, blieb sie sich und ihrem innersten Wesen durchaus treu, sie folgte mit ihr nur den großen Traditionen ihrer Geschichte und den Lehren aller ihrer Vorkämpfer und Führer.

Will die Sozialdemokratie aber die Landesverteidigung, so muß sie, solange die Gegner Deutschlands an ihren Eroberungszielen festhalten und nicht zum Frieden geneigt sind, konsequenterweise auch die Mittel bewilligen, die die Landesverteidigung sicherstellen. Sonst schwebt ihr Bekenntnis einfach in der Luft. Bricht der Feind, wie das in den ersten Augusttagen 1914 geschehen ist, sengend und brennend über die Grenzen ins Reich selbst ein, dann ist keine Zeit mehr, sich zwar „theoretisch“ für die Verteidigung des Vaterlandes auszusprechen, im übrigen aber solange abseits zu stehen, bis das weitgreifende Milizprogramm der Sozialdemokratie restlos durchgeführt ist, dann heißt es handeln, und zwar unzweideutig und schnell handeln. Dann ist die Kreditbewilligung die einzig denkbare Möglichkeit, das Bekenntnis zur Vaterlandsverteidigung in die Wirklichkeit umzusetzen, den Worten die Tat folgen zu lassen. Das hat die deutsche Sozialdemokratie getan, und sie hat damit nur ihre Pflicht erfüllt gegenüber dem deutschen Volke und gegenüber der deutschen Arbeiterklasse.